

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
173 · Ausgabe BL·BS · Dezember 2017



Nein zu No Billag aus Basler Sicht erst recht



- Reggae Special
- Sternstunde Religion
- Rf bi de Lüt
- Kulturplatz
- us
- Musik
- er League
- Happy Day
- Regionaljournal
- Ländler
- Brennen
- DOK
- Echo der Zeit
- Kassensturz
- Tagesschau
- Der Bestatter

Eigentlich genügt ein einziger Blick auf den Initiativtext – und schon schrillen alle Alarmglocken: «Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für Radio und Fernsehen» (Artikel 93, Absatz 3). Versteigert! Dieses Verb verlangt eindeutig nach einem Meistbietenden. Logisch ist: Niemand wird je Geld in ein Medienprodukt investieren, ohne damit Ziele zu verfolgen – und zum Ersteigern einer Radio- oder Fernsehkonzession wären grosse Summen nötig. Dieser Absatz 3 allein steht schon ganz fundamental allen Grundsätzen eines seriösen Journalismus entgegen. Er würde zu (weiteren) interessengesteuerten Medienkonglomeraten führen. Eine unabhängige Medienlandschaft ist aber eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie!

Wichtige Minderheitenformate

Die Schweiz ist ein Land von Minderheiten, wie zum Beispiel Randregionen. Ihnen können nur solidarisch finanzierte Medienformate gerecht werden. Machen wir uns nichts vor: Wer sollte sich an der Versteigerung für ein rätoromanisches Sendefäss beteiligen (um nur ein Beispiel zu nennen)? Alle



Lisa Mathys
Parteisekretärin SP BL



Alex Klee,
Bürgerratsmitglied SP BS,

Beide ehem. Radioschaffende
bei einem nicht-gebühren-
finanzierten Sender

Programme, die Minderheiten als Zielpublikum haben, wären dem Untergang geweiht. In Basel produziert auch Radio X solche Programmgefässe. Es ist nicht nur die SRG, die dies zum Beispiel mit ihren Regionaljournalen tut. Radio X erhält für die Erfüllung dieses Auftrages Gelder aus dem Gebührentopf. Ebenso Telebasel: Auch regionales Fernsehen wäre nie und nimmer möglich ohne die Mediengebühren. Das zeigt, dass No Billag eine eigentliche Medienezerschlagungsinitiative ist. Diese Programme würden zu Kampagnenkanälen, wenn sie an eine(n) Meistbietende(n) verhöckert würden. Wir haben in Basel bereits schmerzhaften Anschauungsunterricht genossen, was mit einem Medienprodukt – in diesem Fall der «Basler Zeitung» – passiert, wenn es in die Hände eines Besitzers mit einer klar politischen Agenda gelangt. Die Qualität des Journalismus leidet, der Kampagnenjournalismus hält Einzug, es kommt sogar zu Falschinformationen. Das ist gefährlich!

Arbeitsplätze in der Region

Basel profitiert aber nicht nur von Sendefässen wie dem «Regi» oder Medien wie Radio X und Telebasel. Basel ist auch ein wichtiger Standort

der SRG! Hier sind bereits heute – neben dem Regionaljournal und den KorrespondentInnen der Nordwestschweiz – Teile der Kulturabteilung zu Hause, so werden zum Beispiel die Hörspiele in Basel produziert. Mit dem Umzug ins neue Hochhaus am Bahnhof wird Basel als Standort noch wichtiger: Die ganze Abteilung SRF Kultur kommt nach Basel, dies sind rund 330 Arbeitsplätze. Das ist ein wichtiger Aspekt für unsere Region – und neben den attraktiven Jobs auch eine grosse Chance für die Kulturszene! Es sind gerade auch die kulturellen Sendefässer, die bei einem Wegfall der Finanzierung durch die Billag-Gelder nicht den Hauch einer Chance hätten, weiter zu bestehen.

Für die Region Basel muss es also noch klarer sein, als es eh schon ist: Das Aus der SRG und der gebührenfinanzierten Sendefässer wäre verheerend – sowohl demokratiepolitisch als auch für den Arbeitsstandort Basel. Die breite Auswahl an frei zugänglichen journalistischen Gefässen, wie wir sie heute nutzen können, ist ein Service public, der jedem Haushalt definitiv 1 Franken pro Tag – so hoch ist die Gebühr ab dem nächsten Jahr noch – wert sein muss!

Läufelfingerli jetzt stärken

Die Baselbieter Stimmbevölkerung hat deutlich entschieden: Die S9 darf nicht stillgelegt werden. Bis auf vier Gemeinden haben sich alle dagegen ausgesprochen. Alle Dörfer, welche direkt an der Bahnlinie liegen, hatten einen Nein-Anteil von über 95 Prozent.

Die zuständige FDP-Baudirektorin kann offenbar keine Abstimmungen mehr gewinnen. Nur mit dem Gegenvorschlag zum Rückbau der Rheinstrasse hatte sie in dieser Legislatur Erfolg. Mit allen anderen Bau- und Verkehrsvorlagen überzeugt die Luxusstrassen-Regierungsrätin die Baselbieterinnen und Baselbieter nicht – es sei hier auch nochmal ans versenkte ELBA-Strassenprojekt erinnert. Doch nach der erfreulichen Läufelfingerli-Abstimmung dürfen wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen und machen Nägel mit Köpfen. Die SP-Fraktion hat im Nachgang zur Abstimmung ein Paket mit sieben Vorstössen eingereicht, welche die Bahnlinie S9 betreffen: Für uns ist klar, dass wir

das Läufelfingerli jetzt entscheidend stärken müssen. Dazu gehören sowohl das Rückgängigmachen von Massnahmen, mit denen die Baudirektorin der S9 geschadet hat, wie auch neue Vorschläge.

So verlangt SP-Landrätin Kathrin Schweizer ein verbessertes touristisches Angebot für das Homburgertal. Landrat Martin Rüegg will einen Halbstundentakt der S9 in den Hauptverkehrszeiten (morgens und abends) und gleichzeitig die S9 in das S-Bahn-Netz einbinden. So könnte das Läufelfingerli beispielsweise bis nach Basel und auch ins Mittelland durchgebunden werden. Gerade diese Massnahme wäre sehr wichtig, da damit das Einzugsgebiet des Homburgertals erweitert würde. SP-Landrätin Sandra Strüby regt in ihrem Postulat an, die Abfahrtszeiten der S9 um eine halbe Stunde zu verschieben. Zudem fordert sie in einer Motion die Ausdehnung des U-Abos auf der S9-Strecke bis nach Olten. Dies würde die Auslastung entscheidend verbessern. SP-Land-



Martin Rüegg, Gelterkinden



Sandra Strüby, Buckten



Jan Kirchmayr, Aesch

alle Mitglieder der SP-Landratsfraktion

rat Jan Kirchmayr verlangt, dass der Regierungsrat den Bau eines Bahnhofs in Thürnen prüft und einen Wendeplatz in Rümelingen installiert, um von dort die Bevölkerung auf die S9 nach Sissach zu bringen.

Doch nicht nur das Homburgertal steht in unserem Fokus. Die Aufmerksamkeit der SP-Verkehrspolitik gilt dem ganzen Kanton. Seit dem Fahrplanwechsel werden alle Gemeinden am Wochenende wieder mit dem Öffentlichen Verkehr erschlossen. Dies war im vergangenen Jahr wegen einer Abbaumassnahme der Rechten nicht mehr so. Dank SP-Anträgen konnte dies wieder geändert werden. Die Engpässe im Öffentlichen Verkehr im ganzen Kanton müssen dringend entschärft werden. So ist der 15-Minuten-Takt der S-Bahn auf den Strecken Basel–Aesch und Basel–Liestal dringend nötig. Der FABI/STEP-Ausbauversprechen des Bundes verspricht da viel.

Wir werden den ÖV weiterhin vehement verteidigen und im ganzen Kanton für seinen Ausbau kämpfen.

Parteitag Sozialpolitik

Ganz grosse, aber auch sehr konkrete sozialpolitische Fragen stellten sich die rund 40 Teilnehmenden am Parteitag Ende Oktober im Regierungsgebäude in Liestal. In seinem Eröffnungsreferat betonte Ruedi Epple, wie wichtig es ist, heute die «soziale Frage», die sich einst der Freisinn auf die Fahne geschrieben hatte, wieder mit Nachdruck zu stellen. Dabei ist es wichtig, dass die SP standhaft bleibt und nicht dem neoliberalen Diskurs verfällt, wie es sozialdemokratische Parteien in anderen europäischen Ländern leider getan haben.

Kurze Input-Referate leiteten anschliessend zum Workshop-Teil über. Die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker (Altersvorsorge/

AHV), Nicolas Zogg vom Verband männer.ch (Gleichstellung/«Wege aus der Ernährerfalle») und die beiden SP-Gemeinderätinnen Barbara Jost und Regula Meschberger (Spielraum der Gemeinden) gingen auf verschiedene drängende Fragen aus der Sozialpolitik ein. In drei Workshops wurden diese Themen dann vertieft und konkrete Ideen für die kantonale und kommunale Politik ausgearbeitet.

Wer mochte, nahm abschliessend am gemeinsamen Mittagessen im Tapeó teil. So kam nach der Arbeit auch der gesellige Teil nicht zu kurz.

Die Workshop-Ergebnisse sind online: www.sp-bl.ch/partei/bildungsarbeit

Lisa Mathys

STEUERTAXATIONS-KOMMISSION

Aufgrund des Rücktritts von Imelda Heyberger, der wir für ihren langjährigen Einsatz herzlich danken, ist ein Sitz in der Steuertaxationskommission neu zu besetzen. Wahl-gremium ist der Landrat.

Wer sich für dieses Amt interessiert, melde sein/ihr Interesse bis zum 18. Januar 2018 bei Parteisekretär Ruedi Brassel, 061 921 91 71 ruedi.brassel@sp-bl.ch

AGENDA SP BL

- Sonntag, 7. Januar, 10 Uhr, Aula Schulhaus Donnerbaum, Muttenz
Dreikönigstreffen der SP Muttenz. Gast: Natascha Wey, Co-Präsidentin SP Frauen* Schweiz
- Donnerstag, 11. Januar, 19.30 Uhr, Jakobshof, Kirchgasse 10, Sissach
Das Läufelfingerli bleibt – jetzt schützen wir die Interessen der Randregionen! Öffentliche Diskussion mit Nationalrat Eric Nussbaumer und Dieter Forter (Gemeindepräsident von Läuelfingen)
- Mittwoch, 17. Januar, 19.30 Uhr, Kirchgemeindehaus, Lärchenstrasse 5, Münchenstein
Delegiertenversammlung, u. a. Parolenfassung zu den Demokratie-Initiativen der JUSO BL und zu «No Billag»
- Dienstag, 23. Januar, 14.30 Uhr, Restaurant Bundesbahn, Hochstrasse 59, Basel
SP 60+ BL/BS, Versammlung. Gast: Verena Keller
- Mittwoch, 24. Januar, 19.30 Uhr, Rheinstrasse 17, Liestal
SP MigrantInnen BL: Stimmrecht und Einbürgerung

Unser Wohnbau-Positionspapier

Die SP Basel-Stadt hat sich in den letzten Jahren konsequent für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus eingesetzt. Die wichtigste Erfolgsgeschichte ist dabei die Belebung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus durch verbesserte Rahmenbedingungen für gemeinnützige Wohnbauträger. Auch Immobilien Basel-Stadt hat sich erfreulich entwickelt und ist heute mit der neuen Mietzinspolitik bei Sanierungen, der konsequenten Weitergabe der Referenzzinssatzsenkungen und dem Programm «Sicheres Wohnen im Alter» ein vorbildlicher Vermieter.

Durch den wirtschaftlichen Erfolg des Kantons Basel-Stadt hat sich die Nachfrage nach Wohnungen in den letzten Jahren stark erhöht. Dies führte dazu, dass die Leerstandsquote seit sechs Jahren 0,5 % oder weniger beträgt. Die gestiegene Nachfrage und die viel zu geringen Leerstandsquote sind die Hauptursachen dafür, dass die Mieten seit 2005 um 16,6 % gestiegen sind. Dies führt dazu, dass nicht nur finanziell Schwache, sondern auch Menschen aus dem Mittelstand Probleme haben, bezahlbare Wohnungen zu finden.

Die bürgerliche Antwort auf die aktuellen Probleme auf dem Wohnungsmarkt ist ernüchternd. «Wenn

die Menschen im Kanton Basel-Stadt keine bezahlbare Wohnung mehr finden, dann können sie doch auf das Land ziehen.»

Mehr gemeinnütziger Wohnraum

Für die SP Basel-Stadt ist klar, dass Verdrängung keine Lösung ist. Deshalb haben innerhalb von drei Monaten mehr als 30 Mitglieder ein Positionspapier zum Thema Wohnen verfasst. Die SP Basel-Stadt hat sich darin zum Ziel gesetzt, bis ins Jahr 2035 neuen Wohnraum für 30 000 Personen zu schaffen. Dabei soll der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen von 11 auf 15 % erhöht werden. Dies bedeutet, dass die Hälfte aller neugebauten Wohnungen gemeinnützig vermietet werden sollen. Zu-



Benjamin Plüss, SG Stadtentwicklung & Verkehr

dem soll der bestehende günstige Wohnraum durch sanfte Sanierungen erhalten bleiben.

Um die genannten Ziele zu erreichen, wurden in neun Kapiteln insgesamt 46 Massnahmen formuliert. Diese zeigen, mit welchenhaltungen und Konzepten diese Ziele erreicht werden sollen. Als Beispiel wird die Massnahme «soziale Nachlassplanung» vorgestellt (siehe Box).

Mit der Verabschiedung des Positionspapiers an der Delegiertenversammlung vom 29. November 2017 haben wir den ersten Schritt auf dem Weg zu Wohnraum für alle gemacht. Mit politischen Vorstössen und Initiativen gilt es, diese Massnahmen nun umzusetzen, damit der Kanton Basel-Stadt unser aller Wohnraum bleibt!

SOZIALE NACHLASSPLANUNG

Es gibt im Kanton Basel-Stadt viele private Liegenschaftsbesitzer_innen, die verantwortungsvoll mit den Mieter_innen umgehen. Im fortgeschrittenen Alter oder beim Ableben der Besitzer_innen werden diese Liegenschaften an die Erben weitergegeben. Oft müssen die Erben die Liegenschaft verkaufen, um das Erbe entsprechend den Anteilen aufzuteilen. Dabei werden die Liegenschaften zum Höchstpreis an Immobilienspekulant_innen verkauft, welche anschliessend den Mieter_innen kündigen. Durch eine soziale Nachlassplanung kann dies verhindert werden. Wohngenossenschaften und andere Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind bereit bestehende Liegenschaften zu kaufen, damit der bezahlbare Wohnraum erhalten werden kann. Sollten Sie deshalb von einer Liegenschaft wissen, welche vor dem Verkauf steht, zögern Sie nicht Kontakt mit dem Genossenschaftsverbund Nordwestschweiz aufzunehmen. In einem gemeinsamen Gespräch kann für jede Liegenschaft eine geeignete Genossenschaft gefunden werden.

Kontakt: Jörg Vitelli, Präsident WBG-Nordwestschweiz, vitelli@wbg-nordwestschweiz.ch

STEUERSENKUNG FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Der Kanton Basel-Stadt hat fürs Jahr 2018 einen Überschuss von 138 Millionen Franken budgetiert. Die SP Basel-Stadt hat sich deshalb überlegt, eine Steuersenkung für die niedrigen und mittleren Einkommen zu fordern. Doch nicht – wie es die Bürgerlichen für die Reichen vorsehen – mittels Senkung des Steuersatzes, sondern mittels Erhöhung des Freibetrags. Um diesen Unterschied der Bevölkerung zu erklären, hat die SP Basel-Stadt ein Video lanciert.

Das Video sowie den Online-Rechner zum Berechnen der Steuerersparnis findet man unter www.steuersenkungfueralle.ch

138 MIO. CHF



AGENDA SP BS

- Donnerstag, 11. Januar, 20 Uhr, Restaurant Rialto, Birsigstrasse 45, Basel
Wem gehört der SBB-Boden?
Podium mit SP-Nationalrätin Jacqueline Badran
- Montag, 15. Januar, 20 Uhr, 1. Stock, grosser Saal, Gewerkschaftshaus
Sitzung Parteivorstand BS
- Montag, 22. Januar, 20 Uhr, Bürgersaal, Gemeindehaus Riehen, Wettsteinstrasse 1
Delegiertenversammlung BS
- Mittwoch, 7. Februar, 20 Uhr, 1. Stock, grosser Saal, Gewerkschaftshaus
Sitzung Parteivorstand BS

AUS DEM GROSSEN RAT

Erfolge dank knapper Verhältnisse

Das erste Jahr der neuen Legislatur neigt sich seinem Ende zu. Rot-Grün verfügt im Grossen Rat mit 48 Sitzen über grosses Gewicht, hat aber keine Mehrheit. Während in Umweltfragen auf die Unterstützung der drei verbliebenen Grünliberalen Verlass ist, sieht es bei finanz- und sozialpolitischen und anderen wichtigen Themen anders aus. Dann ist Sitzungsdisziplin gefragt, damit wir unsere Anliegen durchsetzen können.

Im Frühjahr hat die Fraktion ihre Legislaturziele zu zehn Themenbereichen erarbeitet. Diese reichen von Arealentwicklung oder Bildung bis hin über Gleichstellung und Integration zu Steuergerechtigkeit und Verkehr. Die SP-Fraktion wird versuchen, über parlamentarische Vorstösse diese Ziele umzusetzen. Die Fraktion hat einige neue Gesichter und durch diverse Rücktritte schreitet die personelle Erneuerung weiter voran. Die Neuen haben sich sehr



Beatriz Greuter,
Fraktionspräsidentin



Pascal Pfister,
Präsident SP BS

gut eingelebt und bilden zusammen mit den «Alten» eine schlagkräftige und motivierte Gruppe.

Im ersten Jahr waren die Regierungsvorlagen wenig umstritten. Noch in der letzten Legislatur wurde das neue Energiegesetz verabschiedet, die Verordnung wurde im August angepasst. Das Gesetz beinhaltet Instrumente zur Fortsetzung der erfolgreichen und ambitionierten kantonalen Energiepolitik. Im Fokus der neuen kantonalen Energiegesetzgebung steht die Reduktion der CO₂-Emissionen.

Standesinitiative überwiesen

Auch die Fraktion konnte Erfolge verbuchen. In der Novembersitzung beispielsweise wurde mit grossem Mehr eine Standesinitiative, die ein Moratorium für Poststellenschliessungen fordert, überwiesen. Die SP Basel-Stadt hat im Sommer 2000 Unterschriften gegen die Schlies-

sung der Poststellen Kleinhüningen, Gellert und Kannenfeld gesammelt. Die Verankerung des Anliegens in der Bevölkerung wurde somit klar zum Ausdruck gebracht und hat die überraschend breite bürgerliche Unterstützung für das Anliegen zweifellos befördert.

Ein weiterer wichtiger Erfolg ist die Ablehnung einer SVP-Motion, welche die Sozialhilfe für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge massiv kürzen wollte. Nachdem es zunächst nach einer Zustimmung auch von LDP und FDP aussah, äusserte die SP-Fraktion deutlich ihre Enttäuschung über diese Anbiederung an rechtspopulistische Positionen seitens der liberalen Parteien, was neben einer intensiven Debatte offensichtlich zum Meinungsumschwung beitrug. Der SVP-Vorstoss ging in der Abstimmung mit 65 Nein zu 15 Ja-Stimmen erfreulich deutlich bachab.

AUS DEM LANDRAT

Integration statt Ausgrenzung

Basis eines friedlichen Zusammenlebens ist eine rasche und wirksam unterstützte Integration von zugezogenen Menschen. Grosse Herausforderungen stellen sich insbesondere bei Geflüchteten, die sich bei uns in einer neuen Kultur und in einer ihnen fremden Sprache zurechtfinden müssen. Die Landratsfraktion hat Mitte November ein Paket von Vorstössen eingereicht. Dieses will bessere Voraussetzungen für den Integrationsprozess schaffen und Wege in Richtung finanzielle Selbständigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft ebnen.

Sogar überparteilich wurde eine Motion unterzeichnet, die eine Bündelung der Integrationsgelder will, die der Bund den Kantonen zur Verfügung stellt. Diese werden im Moment an die Gemeinden weitergegeben. Die Eingliederung von hierher geflüchteten Menschen erfolgt

durch verschiedene Programme, auf Gemeinde- wie auch auf Kantonsebene sowie durch verschiedene Behörden. Gefordert wird, dass die Bundesgelder zur Förderung der beruflichen Integration gebündelt werden. Die Regierung ist aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Zudem fragen wir mit einem Vorstoss, wie der Kanton Baselland von den vom Bund mitfinanzierten Integrationsprogrammen profitiert.

In Arlesheim hat der Kanton Baselland im Rahmen eines Pilotprojekts ein Heim für die Erstaufnahme von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) betrieben. Was sind die Erkenntnisse – und wie geht es mit der Erstaufnahme der UMA weiter? Danach fragt eine Interpellation. Und auch die ganz Kleinen gehen in unserem Vorstosspaket nicht vergessen: Je früher klei-



Mirjam Würth, SP-Landrätin,
Frenkendorf

ne Kinder von Geflüchteten mit der deutschen Sprache vertraut werden, desto besser sind ihre Integrationschancen – und desto einfacher werden sie es im Kindergarten und der Primarschule haben. Ein Postulat verlangt die Prüfung einer flächendeckenden sprachlichen Frühförderung für fremdsprachige Kinder ab drei Jahren.

Bei der Phase der obligatorischen Schulzeit hakt ein weiterer Vorstoss ein: Lehrpersonen mit Migrationshintergrund nehmen an den Schulen eine wichtige, vermittelnde Funktion ein. Rund 25 Prozent der Lernenden aller Stufen sind Ausländerinnen und Ausländer. Ist die Zusammensetzung der Gesellschaft auch in den Lehrkörpern gebührend abgebildet? Wir fragen nach.

Das Vorstosspaket «Integration statt Ausgrenzung» wurde am 16. November im Landrat eingereicht.